

**Gesamtresolution
Jugend im Parlament 2016**

Der Innenausschuss von „Jugend im Parlament 2016“ stellt vor:

Wie kann Hamburg seine Bürger und Besucher vor Terror schützen?



Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

wir, die 16 Mitglieder des Innenausschusses von „Jugend im Parlament 2016“, haben uns mit der aktuellen Sicherheitssituation der Stadt Hamburg in Bezug auf die gegenwärtigen Bedrohungen durch Terrororganisationen beschäftigt.

Im Rahmen von Gesprächen und Recherchen ist uns aufgefallen, dass zentrale, bevölkerungsferne Institutionen mit der Terrorabwehr betraut sind. Aus unserer Sicht bedarf es mehr direkte Prävention durch unmittelbares gesamtgesellschaftliches Engagement. Die aktuelle Situation in Hamburg stellt sich wie folgt dar:

Hamburg gilt als Großstadt, besonders durch ihre freiheitlichen Werte und einer liberalen Kultur als potenzielles Ziel für Terroranschläge. Sowohl Hamburgs Merkmale, wie der Hafen oder die sehr belebte Reeperbahn als auch Großveranstaltungen, wie z.B. der Hafengeburtstag oder der in 2017 anstehende G20-Gipfel, stellen attraktive Ziele für extremistisch orientierte Gruppen dar. Experten aus Politik, Verwaltung und Behörden sind sich einig, dass man dem gegenwärtigen Terrorismus mit Prävention und Deradikalisierung begegnen sollte.

Derzeitig rüstet die Hamburger Polizei an Schutzausrüstung, Waffen und Panzerwagen auf. Das neue Anti-Terror-Konzept wurde im Juli 2016 veröffentlicht, da die unzureichende Ausrüstung der Hamburger Polizei nach den Anschlägen in Paris und Brüssel kritisiert wurde. Die Polizisten werden zudem in möglichst realitätsnahen Trainings körperlich und geistig auf den drohenden Terror vorbereitet und sensibilisiert. Um der steigenden Terrorgefahr entgegenzuwirken sollen in den nächsten Jahren mehr Planstellen für die Polizei entstehen.

Außerdem beobachtet der Hamburger Verfassungsschutz Personen, die extremistisch orientierten Gruppen angehören oder diese sympathisieren. Im Falle eines Radikalisierungsprozesses einer Person gibt es in Hamburg Anlaufstellen, die beratende und unterstützende Tätigkeiten für Betroffene und Angehörige anbieten (z.B. Legato-Hamburg).

Folgende Quellen dienten als Grundlage für die Ausarbeitung dieser Resolution:

Herr Koßel	Ehem. MdHB (SPD), Deputierter Behörde für Inneres und Sport, Ehem. Vors. Polizeigewerkschaft
Frau Möller	MdHB (Grüne)
Herr Licht	Hamburgischer Verfassungsschutz
Frau Schneider	MdHB (Linke)
Herr Zill	Pressesprecher der Hamburger Polizei
Herr Nockemann	MdHB (AfD)

Um langfristig die Gefahr vor Terroranschlägen zu mindern, fordern wir eine umfangreichere Aufklärung im Kinder- und Jugendbereich sowie eine verstärkte Förderung zur sozialen Einbindung von Kindern und Jugendlichen.

Pflichtprävention an Schulen

Immer mehr junge Menschen radikalieren sich. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, ist eine Pflichtprävention an Schulen unumgänglich, die auf mehreren aufeinander aufbauenden Ebenen beruht.

Die Pflichtprävention für SchülerInnen bindet drei Gruppen ein: SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen. Inhalt aller Bausteine sollten die folgenden Punkte sein:

- Was sind Islam, Islamismus, Salafismus sowie Dschihadismus und wo unterscheiden sie sich?
- Die Scharia- warum ist sie nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar?
- Versteckte radikale Gruppen und ihre Radikalisierung
- Anwerbungsprozesse offene radikaler Gruppen und ihre Radikalisierung
- Radikalisierung erkennen und handeln
 - Verhaltensmuster
 - Hilfsorganisationen vorstellen, Flyer erstellen und verteilen

LehrerInnen

Als grundlegende Maßnahme müssen regelmäßige Schulungen und Fortbildungen für Lehrkräfte aller Schulen stattfinden.

Diese können durch verschiedene Institutionen wie das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, das Landesamt für Verfassungsschutz, Legato, das Beratungsnetzwerk Prävention und Deradikalisierung, die Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie durch die Polizei durchgeführt werden.

Die oben genannten Bausteine sollten im Rahmen einer Fortbildung behandelt werden. Außerdem sollte den LehrerInnen aufgezeigt werden, wie sie als Bezugs –und Vertrauensperson agieren können.

Eltern

Im Vorfeld sollte den Eltern von SchülerInnen der 7. Klassestufe die Möglichkeit geboten werden, sich zu den Themen der Projekttag „Extremismus und Radikalisierung“ zu informieren.

Im Rahmen dieses Workshops soll auch aufgezeigt werden, dass in Deutschland die Glaubensfreiheit im Grundgesetz verankert ist und auf dieser Grundlage alle Religionen ausgelebt werden dürfen, jedoch keine verpflichtend ist.

Dabei soll jede Schule für sich entscheiden, ob sie diese Workshops unterstützend auf verschiedenen Sprachen, z.B. türkisch oder arabisch anbietet, damit möglichst viele Eltern erreicht werden können. Zwar ist für eine gelungene Integration die Kenntnis der deutschen Sprache unumgänglich, jedoch erreicht man die auch sonst stark gefährdete Zielgruppe sonst nicht.

SchülerInnen

Der nächste Schritt sind die im Vorwege angekündigten Pflichtprojekttag für alle SchülerInnen der 7. Klasse. Hierzu ist die Meinung des Innenausschusses nach Anhörungen einiger Experten, dass junge Menschen ab einem ungefähren Alter von 14 Jahren besonders gefährdet sind, radikalisiert zu werden. Dies liegt zum einen an dem Persönlichkeitsfindungsprozess, den die SchülerInnen in der Pubertät durchleben und der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft.

Die Projekttag sollten die oben genannten Inhalte umfassen.

In diesen Projekttagen soll auch für SchülerInnen verständlich werden, dass in Deutschland die Glaubensfreiheit herrscht und es wichtig für eine Vorbeugung der Radikalisierung ist, dass alle Religionen akzeptiert, anerkannt und toleriert werden.

Um die SchülerInnen langfristig vor Radikalisierung zu schützen, schließt sich jährlich ein Projekttag in den Jahrgängen 8-10 an. Die Themen für diese Projekttage sollten sein:

- Jahrgang 8:
 - Oberthemen: Wie wird angeworben?/Radikalisierung erkennen und handeln/ Radikalisierung vorbeugen
- Jahrgang 9:
 - Oberthema: Was bedeutet Radikalisierung für das soziale Umfeld?/Erfahrungsberichte von z.B. betroffenen Familien
- Jahrgang 10:
 - Oberthemen: Gefahren durch Radikalisierung/Erfahrungsberichte (ehemaliger Dschihadisten)

Ziel ist es hierbei die Jugendlichen durch verschiedene Arten von Informationen langfristig vor Radikalisierung zu bewahren.

Förderung von sozialer Einbindung

Organisations-Tag in Schulen

Oftmals führen soziale Isolation und fehlende Bezugspersonen dazu, dass sich Jugendliche radikalieren. Deswegen soll jährlich an Schulen ein sogenannter Organisations-Tag stattfinden, bei dem gemeinnützige Organisationen die Chance haben, sich vorzustellen und neue Mitglieder zu binden. Jugendliche sollen so gezielt in ein soziales Umfeld und geregelte Strukturen eingegliedert werden, um so die Anfälligkeit für radikales Gedankengut zu mindern.

Die Zielgruppe für dieses Programm sind insbesondere Schülerinnen und Schüler der Klassen 5-8. Organisationen wie die Jugendfeuerwehren, Sportvereine, Kirchen oder auch politische Parteien vermitteln diesen spielerisch die Kernaspekte und Werte ihrer Arbeit.

Stärkung der Rolle von Trainern/Gruppenleitern*

**im folgenden Text "Trainer" genannt*

In Sportvereinen nehmen Trainer nicht nur eine leitende, sondern auch eine Vorbildfunktion wahr. Aus diesem Grund sollte man Trainer aktiv durch Seminare und Informationsmaterial unterstützen, damit diese frühzeitig Radikalisierungsprozesse erkennen können. Durch dieses Wissen können sie dann gezielt auf die betroffenen Jugendlichen eingehen und sie an weitere Hilfsorganisationen verweisen.

Gleichzeitig erfahren die Jugendlichen in Sportvereinen ein Gemeinschaftsgefühl und lernen, Verantwortung zu tragen. Hobbys und ein geregelter Tagesablauf vermitteln Jugendlichen das Gefühl, dass sie gebraucht werden und Teil einer Gemeinschaft sind. Deswegen ist es ebenfalls wichtig, sie gezielt zu fördern. Ein Trainer spielt auch hierbei nach wie vor eine tragende Rolle, denn dieser kann neue Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die der persönlichen Weiterentwicklung dienen. Gleichzeitig trägt er/sie dazu bei, den Zusammenhalt zu fördern und Jugendliche in das Team zu integrieren.

Ausbau von Jugendzentren und deren Angeboten

Jugendzentren sollten als Treffpunkte für Jugendliche, in denen diese ungeachtet ihrer Bildung, ihres sozialen Umfelds und ihres kulturellen Hintergrundes zusammenkommen, finanziell und personell vermehrt unterstützt werden. Diese Rolle sollen die Zentren auch weiterhin wahrnehmen, um so Toleranz, Akzeptanz und Weltoffenheit unter den Jugendlichen zu fördern.

Die Jugendzentren sollen weiterhin unter der Leitung von Sozialpädagogen stehen, die ein geregelter Miteinander sicherstellen und als Ansprechpartner für die Jugendlichen dienen. Radikalisierung entsteht oft auch dadurch, dass Jugendliche offene Fragen haben, von vielen aber missverstanden werden. Sie werden so empfänglich für einfache Antworten von radikalen Gruppierungen. Deswegen sollten in Jugendzentren auch vermehrt Street Worker eingesetzt werden, die als neutrale Ansprechpartner dienen und bei Problemen und Sorgen jeglicher Art für die Jugendlichen zur Verfügung stehen. Gegebenenfalls können diese dann beratend tätig werden und an weitere Hilfsorganisationen verweisen und mit diesen zusammenarbeiten.

Zusätzlich sollten aber auch Polizisten im Rahmen des "Cop 4 You" Programmes regelmäßig die Jugendzentren besuchen, um so ebenfalls als Ansprechpartner zu dienen. Dadurch werden Polizisten für Jugendliche wesentlich nahbarer und vermitteln diesen das Gefühl, dass man sie ernst nimmt.

Forderungen

Während langer und intensiver Beschäftigung mit dem Thema „Sicherheit vor Terror“ haben wir festgestellt, dass es Konzepte für die Eingrenzung der Folgen im Terrorfall gibt. Diese setzen aus unserer Sicht zu spät an. Eine wirksame Terrorabwehr beginnt für uns jedoch bereits mit guter und ganzheitlicher Präventionsarbeit an Schulen und in Vereinen, damit die Konzepte gute Konzepte bleiben und der Ernstfall vermieden werden kann, fordern wir:

- Bessere Aufklärung über Formen des Extremismus, aufgrund der aktuellen Bedrohungs- und Angstlage insbesondere über den islamistischen Extremismus, der auch klar zum Islam und seinen Werten abgegrenzt werden muss.
- Die Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen, Projekten und Initiativen, die Aufklärung betreiben und Integrationsarbeit leisten muss unterstützt werden. Damit diese Organisationen ihre Arbeit der Bevölkerung vorstellen und Unterstützung erfahren können. Diese Förderung hat vor allem durch zweckgebundene finanzielle Mittel zu erfolgen.
- Einführung eines verbindlichen Organisations-Tags in Schulen, damit Vereinen und Institutionen eine Plattform geboten wird, auf der sie sich vorstellen und die SchülerInnen so für ihre Arbeit gewonnen werden können.
- Umsetzung unseres schulischen Präventionsmodells, das auf einer ganzheitlichen (Fort-)Bildung von LehrerInnen, SchülerInnen und auch Eltern basiert. Nur durch eine frühzeitige Sensibilisierung aller drei Gruppen kann ein wirksames Früherkennungssystem eingerichtet werden.
- Engere Zusammenarbeit von Innen-, Sozial- und Schulbehörde, da Terrorprävention nicht nur durch einen Zuständigkeitsbereich geleistet werden kann. Diese Prävention „aus einer Hand“ kann nur durch einen gemeinsamen, zweckgebundenen Etat für Präventionsmaßnahmen gewährleistet werden. Dieser Etat sollte anteilig von allen drei Behörden zur Verfügung gestellt werden.
- Trainer, Übungs- und Gruppenleiter sollten im Rahmen ihrer Aus- und Weiterbildung auch dahingehend geschult werden, Verhaltensmuster besser einschätzen und bewerten zu können, sodass eine zielgerichtete Kommunikation mit Hilfsnetzwerken und Eltern, im Rahmen der Früherkennung, erfolgen kann.

Der Innenausschuss von Jugend im Parlament 2016

Hamburg, 18.11.2016

Pia Andersen
Karolin Hamann
Hannah Mahler
Sidney Neffe
Luca Schweizer

Finja Below
Volkan Hielscher
Mert Metli
Daniel Poeck
Arne Schröder
Marlene Wegmann

Kyrah Eschenhorn
Vanessa Kraft
Franziska Möller
Niklas Rentel
Tim Tensing

Resolution zur Verbesserung der Hamburger Flüchtlingspolitik Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

Deutschland versucht momentan mit allen Mitteln, die Integration und Verteilung von Geflüchteten über die Länder so fair und konstruktiv wie möglich zu gestalten.

Wir im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration von „Jugend im Parlament 2016“ haben uns intensiv damit auseinandergesetzt, wie man in Hamburg auf kommunaler Ebene ein Konzept der Integration verbessern kann. Besonders ist uns dabei aufgefallen, dass zwar schon vieles gut funktioniert, es aber weiterhin Probleme gibt. Noch immer gibt es zu wenige Folgeunterkünfte und Sprachkurse sind nicht ausreichend koordiniert.

Zudem fällt der Einstieg in das Berufsleben vielen Geflüchteten schwer. Da wir in der starken Zuwanderung der letzten Jahre eine große Chance für die Wirtschaft und Kultur unserer Stadt sehen, ist es uns wichtig, im Folgenden einige Verbesserungen zur Integration und Lebenssituation der Geflüchteten zu formulieren.

Während unserer Zeit in der Hamburgischen Bürgerschaft, haben wir Politiker und Experten mit verschiedenen Sichtweisen zur Thematik getroffen und zusammen diskutiert. Mit ihren Informationen haben wir im Plenum explizite Forderungen entwickelt. Folgende Personen haben unseren Ausschuss besucht:

- Herr Uwe Koßel (SPD, Ehem. MdHB)
- Frau Antje Möller (Grüne, MdHB)
- Frau Karin Prien (CDU, MdHB)
- Herr Bernd Baumann (AfD, MdHB)
- Herr Fouad Hamdan (Zentraler Koordinationsstab Flüchtlinge)

In der Resolution teilen wir jedem unserer drei Themenblöcke in folgende Abschnitte ein: Die aktuelle problematische Situation, unsere daraus folgenden Verbesserungsvorschläge und zuletzt die entscheidenden Argumente für unsere Forderungen.

Integration durch Sprachkurse:

Problem:

Die Qualität der Sprachkurse ist nicht ausreichend. In diesen Sprachkursen wird meistens nur das Sprachniveau „B1“ angestrebt. Um bessere Jobchancen oder Ausbildungsmöglichkeiten zu bekommen, wird allerdings meistens das Sprachniveau „B2“ benötigt. Ein weiteres großes Problem ist, dass die Geflüchteten sehr ungleich auf die Sprachkurse verteilt sind, aufgrund fehlender Koordination der Angebote. Die Sprachkurse sind teils massiv überfüllt, andere wiederum nicht ausgelastet. Des Weiteren variiert das Engagement der Geflüchteten, um Deutsch zu lernen.

Eine Grundlage für eine gesellschaftlich und beruflich erfolgreiche Integration von Geflüchteten ist, dass jeder Geflüchtete die deutsche Sprache soweit beherrscht, dass er die Möglichkeit bekommt, sich in möglichst naher Zukunft selbst versorgen und organisieren zu können.

Verbesserung:

Um dies zu ermöglichen, muss die Qualität der Sprachkurse verbessert werden. Das heißt, dass die Anzahl der Stunden generell von 660 auf 900 Stunden pro Kurs erhöht werden muss, damit mindestens das Sprachniveau „B2“ erreicht werden kann. Gerade die Berufswelt ist eine der wichtigsten und besten Möglichkeiten sich zu integrieren.

Damit diese 900 Stunden pro Kurs erreicht werden können, werden ausreichend Lehrer benötigt. Es ist zum Beispiel möglich an alle aktiven Deutschlehrer aus Hamburg und an pensionierte Deutschlehrer Briefe und E-Mails zu versenden um Lehrkräfte für Deutschkurse zu gewinnen. Wir fordern, dass den Lehrern von Experten staatlich finanzierte und organisierte Fortbildungen angeboten werden.

Des Weiteren halten wir es für notwendig, die Teilnahme an den Sprachkursen zu verpflichten und regelmäßig zu überprüfen, ob der Geflüchtete mit Engagement die deutsche Sprache erlernen möchte. Sollte ein Geflüchteter regelmäßig, unentschuldigt (20% der Unterrichtszeit) nicht erscheinen und die Prüfungen nicht bestehen, muss er mit Kürzungen von Sozialleistungen rechnen. Dazu werden Anwesenheitslisten geführt, die bei Auffälligkeiten an das Bezirksamt übermittelt werden. Äußere Umstände, wie nachweislich psychische Erkrankung, körperlich starke Einschränkungen und ähnliches, müssen bei dem Einsatz von solchen Sanktionen selbstverständlich berücksichtigt werden.

Auf der anderen Seite halten wir es für sinnvoll, die Geflüchteten gezielt darüber aufzuklären, wie wichtig ein Sprachkurs für eine erfolgreiche Integration und eine Zukunft in Deutschland ist und dass auch selbstständiges Engagement nötig ist. Dafür möchten wir, dass Kampagnen in Flüchtlingsunterkünften durchgeführt werden, die Flyer, Plakate und Vorträge in Arabisch, Paschtu, Dari, Farsi, Urdu und Englisch beinhalten.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist, dass die Verteilung der Geflüchteten auf die Sprachkurse koordiniert werden muss. Um überfüllte Sprachkurse zu vermeiden, könnte eine Kartei erstellt werden, die Aufschluss über die jeweilige Kapazität eines Sprachkurses gibt. Diese Kartei sollte für alle Bezirksamter Hamburgs verfügbar sein, damit diese die Verteilung der Geflüchteten steuern können.

Forderungen:

- Mehr finanzielle Mittel für Sprachkurse
 - bessere Qualität der Sprachkurse durch eine Erhöhung der Stundenanzahl und die damit einhergehende Erreichbarkeit des Sprachniveaus „B2“
- Verbesserung des Systems zur gleichmäßigen Verteilung der Flüchtlinge auf die Sprachkurse
- Pflichtteilnahme an Sprachkursen
 - Kürzungen von Sozialleistungen bei Nichterscheinen bei Sprachkursen
- Mehr Aufklärungsarbeit über die Wichtigkeit der Sprachkurse in Form von Kampagnen

Integration durch verbesserte Unterbringung:

Problem:

Wohnraum in Hamburg ist aktuell kaum noch bezahlbar und in naher Zukunft ist keine Veränderung dieses Zustandes absehbar. Das ist schon ein großes Problem für den wohnungssuchenden Hamburger. Die Probleme offenbaren sich allerdings auch besonders bei der Integration der Geflüchteten in den normalen Wohnraum. Geflüchtete sollten lediglich (laut Richtwert) 6 Monate in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Aktuell leben etwa 7000 Menschen länger als 6 Monate in diesen Einrichtungen. Ein Großteil dieser Gruppe sogar über 10 Monate.

Die langfristige Unterbringung in provisorischen Ersteinrichtungen ist alles andere als human. Stress, Konflikte und enger Wohnraum, sowie die Vorbelastungen der Flucht, führen mitunter zu erheblichen Problemen. Dafür sprechen sowohl Erfahrungsberichte betroffener, als auch die, in den letzten Jahren deutlich gestiegene, Suizidrate in Erstunterkünften. Es kann nicht zielführend sein, die Geflüchteten nach der Erstaufnahme immer noch nicht in den normalen Wohnraum zu integrieren, sondern sie zu isolieren.

Des Weiteren fehlen in Hamburg aktuell viele Sozialwohnungen. Schon seit Jahrzehnten fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus, als neu gebaut werden. In Zeiten radikal steigender Mieten ist das ein gravierendes Problem.

Jetzt müssen die Geflüchteten auf angemessene und bezahlbare Nachfolgeunterkünfte verteilt werden. Dieses Problem wird sich nicht mit einer punktuellen Verteilung der Geflüchteten auf wenige, große Einrichtungen lösen lassen, weil sonst die erhebliche Gefahr einer Ghettoisierung besteht.

Wir plädieren dafür, dass Neubauten zu jeweils einem Drittel für Nachfolgeunterkünfte, Sozialwohnungen und normal vermietete Wohnungen genutzt werden. Bisher ist dies nur in einem kleinen Rahmen geschehen und der öffentliche Raum wurde größtenteils dafür in Beschlag genommen. Mittlerweile sind wir an einem Punkt angekommen, an dem der Senat deutlich mehr Gelder für den Erwerb von Privatflächen investieren sollte, um ein soziales Gleichgewicht in unserer Stadt zu ermöglichen. Kulturdifferenzen ließen sich dadurch leichter aufbrechen und ein Zusammenleben mit unterschiedlichen Nationen würde unterstützt werden.

Verbesserung:

Wir schlagen vor, beim Wohnungsbau drei miteinander verknüpfte Probleme in Angriff zu nehmen:

- Die allgemeine Knappheit an Wohnraum in Hamburg.
- Die geringe Anzahl der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen.
- **Der Mangel an Nachfolgeunterkünften mit Perspektive Wohnen (UPW)**

Forderungen:

- Gemischter Wohnungsbau mit Folgeunterkünften, Sozialwohnungen und normalen Wohnungen unter einem Dach für Integration statt "Ghettoisierung".
- Gleichzeitige Forcierung des sozialen Wohnungsbaus in Hamburg und so auch Entspannung des Wohnungsmarktes.
- Die Stadt muss Geld in die Hand nehmen, um ungenutzte Flächen zu kaufen und diese nach der oben genannten Methode zu bebauen.

Integration in den Arbeitsmarkt

Problem:

Im Moment schaffen viele Geflüchtete den Sprung vom Sprachkurs in die Berufswelt nicht. Das Problem liegt in den fehlenden Sprachkenntnissen, Orientierungslosigkeit und nationalen Unterschieden in den Standards von Zertifikaten. Außerdem haben viele Geflüchtete den Druck, möglichst schnell Geld zu verdienen, um ihre Selbstachtung zurück zu gewinnen und Geld in ihre Heimat zu schicken. Auf der anderen Seite ist es Unternehmen in den meisten Fällen nicht möglich, Geflüchteten eine ergänzende Bildung zu ermöglichen, direkt angepasst an die spätere Aufgaben ausgerichtet ist. Stattdessen bildet der Staat bisher nicht flächendeckend Geflüchtete

individuell weiter, die Unternehmen „picken“ sich am Ende die Qualifiziertesten heraus. Eine duale Ausbildung ist somit nicht vorgesehen.

Verbesserungen:

Wir schlagen vor, dass jeder Geflüchtete nach Abschluss des bereits geforderten Sprachkurs Systems (bis B2), und eventueller psychischer oder physischer Behandlung, eine Berufsberatung bekommt. Diese Maßnahme schließt zuerst einen umfangreichen Test der bisher gegebenen Fähigkeiten ein. Das Ziel ist eine individuelle Bescheinigung der Fähigkeiten, mit der sich Geflüchtete bei Unternehmen auf eine duale Fortbildung bewerben können. Um diese Kooperation für Unternehmen attraktiv zu gestalten, werden die Unternehmen finanziell und mit kostenloser Beratung von der Stadt/dem Staat dabei unterstützt.

Wegen der großen Unterschiede in nötiger Qualifikation für Berufe und den unterschiedlichen Zertifikaten, ist eine differenzierte und individuelle Beratung und eine fachgerechte Prüfung der Fähigkeiten flächendeckend nötig. Hinzu kommt, dass die große Mehrheit der Herkunftsländer der Geflüchteten (nach Relevanz: Syrien, Afghanistan, Irak, etc.) einen deutlich niedrigeren Prüfungsstandard haben als Deutschland. Die bestehenden Zertifikate müssen also durch passende Fortbildungen ergänzt und final anerkannt werden. Um einen möglichst schnellen und effizienten Anschluss an den späteren Arbeitsplatz zu ermöglichen, müssen also die Fortbildungen in Zusammenarbeit mit den Unternehmen direkt angepasst werden. Bestenfalls wird diese Fortbildung direkt vom Unternehmen mitorganisiert, um zum Beispiel die Geflüchteten mit einer dualen Ausbildung schnell in die Wirtschaft einzugliedern.

Für unsere Wirtschaft ist es wichtig, dass möglichst viele Geflüchtete sich zuerst weiterbilden, zum Beispiel mit weiterführenden Sprachkursen, einer Ausbildung, oder einem Studium. Um es den Geflüchteten zu ermöglichen, gleichzeitig Geld zu verdienen, sollte man ihnen besonders ein duales Studium ans Herz legen, beispielsweise mit einer Werbekampagne.

Seit Jahren beobachtet man in der Wirtschaft einen Schwund an jungen Arbeitskräften in vielen Sektoren (beispielsweise im Handwerk, aber auch einigen Akademikerberufen). Eine funktionierende Integration ist die Lösung dieses Problems und als Chance für die Wirtschaft. Gerade durch Arbeit oder Ausbildung wird die Integration gestärkt zum Beispiel durch neue Kontakte und Freundschaften, aber auch durch Sprachpraxis, die Förderung von Motivation und das Schaffen eines höheren Selbstwertgefühles durch die Möglichkeit einen Beitrag zu leisten.

Forderungen:

- Jeder Geflüchtete soll nach Abschluss eines Sprachkurses ein umfangreiches Berufsberatungsprogramm erhalten.
- Es soll ermöglicht werden, bestehende Zertifikate effizient durch Fortbildungen zu hier anerkannten Zertifikaten zu ergänzen.
- Firmen sollen sich direkt an der Ausrichtung der Beratung beteiligen und im besten Fall eine duale, staatlich geförderte Ausbildung anbieten.
- Diese Option soll für Unternehmer durch staatliche Subventionen an verschiedenen Stellen lukrativer gemacht werden.

Mit dieser Resolution wollen wir einen kleinen Teil zur Verbesserung der Integration von Geflüchteten in Hamburg beitragen, daher fordern wir die Umsetzung der von uns erarbeiteten Maßnahmen.

Resolution des Schulausschusses von Jugend im Parlament 2016

*Nach tiefgehenden Gesprächen mit der Schulbehörde und Mitgliedern des Schulausschusses der Bürgerschaft (DIE LINKE, SPD, CDU) haben wir uns auf folgende Punkte geeinigt, deren Verbesserung wir von der Bürgerschaft fordern. Wir machen uns für eine Schule stark, die praxis- und zukunftsorientiert ist und Schüler*innen bestmöglich auf das Leben vorbereitet.*

Die Stärkung demokratischer Strukturen innerhalb der Schule

Die deutsche Demokratie kennt viele Ebenen. Bekannt sind kommunale, Landes- und Bundesebene, doch wie soll das Interesse junger Menschen für die politische Arbeit gewonnen werden, wenn sie nicht davon erfahren, dass Schulen die erste erfahrbare Ebene politischer Beteiligung sind?

Auch wenn die Strukturen (Klassensprecher*innen – Schüler*innenrat – Schüler*innenvertretung - Schulkonferenz – Kreisschüler*innenrat – Landesschüler*innenrat) bereits etabliert sind, muss mehr für deren Bekanntheit getan werden.

Hier fordern wir besonders die Lehrer*innen auf, die Möglichkeiten, die den Jugendlichen geboten werden, auch zu vermitteln – sie sind, neben den Eltern, die unmittelbaren Demokratiebotschafter*innen in der Lebenswelt junger Menschen. Das bedeutet aber auch, dass in den Curricula Platz für diese Demokratie-Lehre sein muss! Man könne eben nicht davon ausgehen, dass Jugendliche in ihren Elternhäusern für Politik begeistert werden und genau an diesem Punkt müsse schulische Bildung ansetzen.

Zusätzlich fordern wir an allen Schulen eine Möglichkeit, anonym Kritik und Feedback an Lehrer*innen und ihrem Unterricht äußern zu können. Niemand soll um seine oder ihre Note aufgrund von Kritikäußerung fürchten müssen. Es ist daher äußerst fraglich, weshalb diese Dinge von den Schüler*innen innerhalb der Schulen erkämpft werden müssen, anstatt einen Mechanismus zur anonymen Kritikäußerung gesetzlich vorzuschreiben.

Zusätzlich fordern wir die Bürgerschaft auf, eine Kampagne für das Engagement in Schulgremien in Zusammenarbeit mit Jugendlichen auf den Weg zu bringen, um mehr Aufmerksamkeit und Partizipation für diese Ebene der politischen Beteiligung zu schaffen.

Außerdem muss den Schüler*innen in allen Gremien gleichwertige Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden und nicht bloß die Möglichkeit für Stellungnahmen. Diese Rechte sind zwar verbrieft, werden aber in der Praxis nicht immer gewährt. Ebenso sollten Mittel für die Veröffentlichung einer Schüler*innenzeitung, welche nicht der Zensur der Lehrenden und der Schulleitung unterliegt, bereitgestellt werden, um den jungen Menschen eine zusätzliche Stimme in der Schulgemeinschaft zu verleihen. Hierzu sollte ein prozentualer Anteil des Schuletats den Schulen vorgeschrieben werden.

Schüler*innen selbst muss die Möglichkeit zur Werbung für schulpolitisches Engagement eingeräumt werden. Schwarze Bretter, Social-Media-Kanäle und gebührender Platz auf der Schulwebseite sollten allen Schüler*innengremien zustehen. Außerdem muss den Klassensprecher*innen Zeit für die Berichterstattung aus den Gremien im Unterricht eingeräumt werden. Oft herrscht bei den Lehrer*innen die Meinung vor, dass dies nicht Teil des Unterrichts sei.

Diese Maßgaben sollten dem Lehrpersonal verbindlich vorgegeben werden, so dass sie an wirklich jeder Schule in der Praxis umgesetzt werden.

Politische Bildung früher und stärker im Unterricht verankern

Seit 2006 ist das Konzept der *Selbstverantworteten Schule* etabliert, was den Schulen bei der Unterrichtsorganisation viel Freiheit lässt. Eine Konsequenz dessen ist, dass an manchen Schulen PGW-Unterricht bereits ab der 7. Klasse, an anderen Schulen erst ab der 9. Klasse angeboten wird. Wir halten das für falsch – Politikunterricht sollte genau wie Mathe- oder Deutschunterricht

schon ab der siebten Klasse zu den Pflichtfächern gehören! Nur so können Schulen ihrem Erziehungsauftrag im Sinne ihrer Verantwortung für die Demokratie gerecht werden und Bürger*innen hervorbringen, die beispielsweise das Wahlsystem der Bundesrepublik verstanden haben und sich ihrem eigenen Einfluss, aber auch ihrer Verantwortung in der Demokratie bewusst sind. Deshalb fordern wir die für die Schulen verpflichtende Einführung des PGW-Unterrichts ab der 7. Klasse. Denn wie kann es sein, dass die Bürgerschaft ab einem Alter von 16 Jahren gewählt werden kann, ohne, dass in manchen Schulen vorher ausführlich das politische System behandelt wurde? Unseren eigenen Erfahrungen nach kommen die Lehrer*innen einer umfassenden Wahlinformation gegenüber den Schüler*innen, wie von der Schulbehörde gefordert, nicht nach.

Auch im Unterricht muss (gesellschafts-)politisches Engagement als erstrebenswert und wertschätzend vermittelt und die Schüler*innen dazu ermuntert werden, an demokratischen Prozessen mitzuwirken. Die Lehrer*innenausbildung muss darauf ausgelegt sein, dass die angehenden Lehrer*innen Raum dafür schaffen, Entscheidungen zur Unterrichtsgestaltung gemeinsam mit den Schüler*innen treffen. Außerdem kann die Zeit vor der Zeugnisvergabe, in der effektiv keine Unterrichtsinhalte mehr vermittelt werden, für politische Planspiele verwendet werden, beispielsweise die Simulation einer Wahl oder eines Planstellungsverfahrens für den Bau eines Großprojektes. So kann anhand beispielhafter Problemstellungen mit Bezug zur Lebenswirklichkeit den Schüler*innen, eben diesen die Komplexität des Lösungsfindungsprozesses dargelegt werden.

Eine weitere Maßnahme, die wir fordern, ist, dass sich der Schulausschuss explizit mit der Idee eines stadtweiten Jugendparlamentes auseinandersetzt, wie sie auch schon in anderen Städten, wie *Lüneburg* oder *Osnabrück*, und in Stadtteilen (*Jugendparlament Horn*) bereits umgesetzt wurde. Hierin sehen wir großes Potenzial, Jugendliche mit politischer Arbeit vertraut zu machen und vor allem Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden und Berufstätigen unter 25 Jahren eine Plattform für gemeinsamen Austausch und gemeinsames Handeln zu bieten.

Bei der Betrachtung der momentanen Situation stellen wir ein Demokratiedefizit fest, welches die Bürgerschaft dringend angehen muss.

Änderung der Lehrpläne

Nicht für die Schule sondern für das Leben lernen wir, daher fordern wir die Überprüfung der Lehrpläne in Hamburg und die Streichung einiger, für Schulabschlüsse nicht aufbaurelevanter Fachinhalte und die Ersetzung dieser durch praxisorientierte, zukunftsweisende berufs- und lebensrelevante Lerninhalte. Auf diese Weise könnte man z. B. das Verfassen einer Steuererklärung in den Kontext des Mathematikunterrichts einbinden und anhand dessen gleichsam mathematische und lebensrelevante Inhalte vermitteln. Aufgrund des Prinzips der selbstverantworteten Schule ist uns durchaus bewusst, dass jedem Pädagogen und jeder Pädagogin gestalterischer Spielraum des Unterrichts zugunsten der Individualität seiner/ihrer Schüler*innen gegeben wird, was wir hiermit betonen und unterstützen möchten. Andererseits sehen wir Handlungsbedarf, bei dem diese Freiheit minimal eingeschränkt wird, dies aber der Bildung zugutekommt.

Gegenwärtig klagt die Mehrheit der Schüler*innen über einen fehlenden Praxisbezug im Unterricht. Wir sehen nicht nur die Eltern in der Verantwortung praxisorientierte Inhalte zu vermitteln. Ausgehend davon muss entgegen der pädagogischen Freiheit der Lehrer*innen somit ein erhöhter Praxisanteil im allgemeinen Unterrichtsgeschehen etabliert werden. Darüber hinaus sollte ein landesweites Programm zur Vermittlung von zukunftsrelevantem Wissen mithilfe von Experten entwickelt werden. Beispielsweise könnte die Anfertigung einer Steuererklärung mithilfe von Expert*innen aus der Verbraucher*innenzentrale vermittelt werden.

Informatik-Unterricht an den weiterführenden Schulen

Es ist im Zuge der Digitalisierung notwendig den Umgang mit modernen Medien, sowie mit Programmierkenntnissen in Form eines verbindlichen Informatikunterrichts, eingebunden in andere Schulfächer, an den Schulen zu unterrichten. Einige Schulen bieten meist freiwillige Nachmittagskurse an, um technische Kompetenzen zu lehren. Unser Ziel ist es jedoch Hamburg weit, den Rahmenplan der Schulen zu überarbeiten, indem wir den Informatikunterricht in den Lehrplan integrieren. Zudem ist es notwendig einen Ausbau der Studiengänge für angehende Lehrer im Fachbereich Informatik anzubieten, um den Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken. Mittlerweile wird in drei Bundesländern verpflichtend Informatik.

Selbstständige Vor- und Nachbereitung

Das Abitur sollte in Hamburg einen höheren Stellenwert haben. Es soll durch Eigenengagement erreicht werden, da diese Kompetenz auch im späteren Lebensverlauf, z.B. im Studium und im Berufsleben, gefordert wird.

Daher fordern wir individuelle Vor- und Nacharbeit des Unterrichts in der Oberstufe an allen Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien. Die Deckung aller Lerntypen ist durch verbindliche, vom Lehrpersonal standardisierte Hausaufgaben nicht gewährleistet. Wir sehen die Schüler*innen selber in der Verantwortung sich mit dem Schulstoff auseinanderzusetzen. Freiwilliges Übungsmaterial sollte auf Nachfrage von der Lehrkraft zur Verfügung gestellt werden.

Durch diese Maßnahme wollen wir eine individuellere, besser auf die Schüler*innen angepasste Vorbereitung auf den Unterricht erreichen und Selbstständigkeit und Reife fördern. Während in der Mittelstufe die Initiative von der Lehrkraft ausgeht, sollte es in der Oberstufe andersherum sein.

Durch die Verringerung des Erwartungsdruckes, der mit verbindlichen Hausaufgaben einhergeht, erhalten Schüler*innen mehr Zeit sich auch außerschulisch zu engagieren. Außerdem wird weniger Unterrichtszeit für die Besprechung der Hausaufgaben in Anspruch genommen, sodass mehr Zeit für die Bearbeitung neuer Themen bleibt.

Präsentationsleistungen und Hausarbeiten sind von diesem Vorschlag ausgenommen, da sie zum reibungslosen Ablauf des Unterrichts beitragen und auch nach dem Abitur relevant sind.

Gewichtung der Deutschnoten

In der Oberstufe aller Hamburger Stadtteilschulen und Gymnasien wollen wir in den schriftlichen Klausuren im Fach Deutsch den Schwerpunkt mehr auf den Inhalt legen und fordern daher eine Änderung der Gewichtung von Inhalt und Sprache. Nach dieser Änderung sollte sich der Inhalt mit einem Prozentsatz von 60% und die Sprache mit einem Prozentsatz von 40% auf die Note auswirken.

Dies soll die Schüler*innen besser auf das Schreiben fachlicher Texte vorbereiten, in denen der Inhalt im Fokus steht, denn erst der Inhalt macht einen Text individuell. Die korrekte Rechtschreibung und andere Aspekte der sprachlichen Note sollten in der Mittelstufe vermittelt und in der Oberstufe bereits beherrscht werden.

Gerade im Zeitalter der Digitalisierung, in dem Rechtschreibprogramme und andere Hilfsmittel zur Verfügung stehen, steigt die Wichtigkeit des Inhalts und das sollte auch unsere Benotung widerspiegeln.

Resolution zum Thema: Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Schüler, Studenten und Auszubildende

Stadtentwicklungsausschuss

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

im Laufe des Planspiels „Jugend im Parlament 2016“ hat der Ausschuss für Stadtentwicklung sich mit dem Thema der Wohnsituation von Schülern, Studenten und Auszubildenden in Hamburg beschäftigt. Durch Recherche und von uns eingeladenen Experten, haben wir versucht, verschieden Fassetten und Ansichten über die derzeitige Situation über den hamburger Wohnungsmarkt und die derzeitige rechtliche Lage im Hinblick auf die Förderung von unserer angesprochenen Zielgruppe zu bekommen. In diesem Zuge ist uns aufgefallen, dass am Anfang der ersten Amtszeit des derzeitigen Bürgermeisters bereits eine Inangriffnahme der Schaffung von günstigem Wohnraum für Schüler, Studenten und Auszubildende in Hamburg versprochen wurde. Zur Unterstützung an unsere Resolution hier Folgendes Zitat:

(siehe z.B. Drucksache 21/1042 „Aufgrund der gegenwärtigen Marktentwicklung und der Nachfragesituation, geht der Senat davon aus, dass ein gezielter Aufbau von öffentlich geförderten Wohnraum von Studierenden sinnvoll sein kann, um dem besonderen Bedarf [...] gerecht zu werden.“).

Was ist seit dem geschehen?

Leider nicht viel! Das sagen zumindest viele Schüler, Studenten und Auszubildende in Hamburg, die bei der Wohnungssuche gescheitert sind oder einen, weit über dem Wertebereich liegendem, kaum bezahlbaren Wohnraum in Anspruch nehmen müssen. Zurzeit ist die Wohnsituation in Hamburg angespannt, vor allem für die oben genannte Gruppe, die oft wegen Mangel an bezahlbarem Wohnraum aus den umliegenden Bundesländern nach Hamburg pendeln muss.

Hamburg ist mit einer Einwohneranzahl von 1,8 Mio. eine der bevölkerungsreichsten Städte in Deutschland, der Anteil an Wohnungen liegt bei über 900.000. Von diesen Wohnungen sind ca. 88.000 öffentlich gefördert. Dies bedeutet, dass lediglich 9,8 % der gesamten Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. In Hamburg liegt der Anteil an einkommensschwachen, förderberechtigten Personen bei insgesamt 51 %. Nach der derzeitigen Einkommensgrenze haben ca. 40 % Anspruch auf den sogenannten 1. Förderweg, bei welchem die Einstiegsmiete auf 6,20 Euro pro Quadratmeter kalkuliert wird. Für den sogenannten 2. Förderweg haben 11 % der gesamten hamburgischen Bevölkerung den Anspruch an Wohnungen mit einer Einstiegsmiete von 8,30 Euro pro Quadratmeter.

Es ist die Verpflichtung eines Sozialstaates, sozialen Wohnraum zu schaffen. Ein Anreiz für die Vermieter ihre Wohnfläche als sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen oder für Immobiliengesellschaften sozialen Wohnraum zu schaffen, wären staatliche Zuschüsse. Die Vermietung und der Bau von Sozialwohnungen wären somit deutlich attraktiver und Einnahmerisiken könnten von vornherein begrenzt werden.

Die sozialschwächere Bevölkerung hätte somit deutlich mehr finanzierbaren Wohnraum zur Verfügung und die Chance, eine angemessene Wohnung zu belegen. Besonders reizvoll und wünschenswert finden wir den Gedanken, speziell in einkommensstärkeren Wohngebieten die Schaffung von sozialem Wohnraum zu fördern. So könnte einer Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Einkommensschichten entgegengewirkt werden, da die Gesellschaftsschichten sich vermischen würden.

Unserer Meinung nach besteht noch das Problem, dass durch die Privatisierung der stadteigenen Flächen, Hamburg die Möglichkeit abgibt, diese Flächen für den Bau von staatlich geförderten Wohnungen zu nutzen. Hierbei ist zu beachten, dass die Stadt Hamburg sich das Ziel gesetzt hat, kontinuierlich jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von staatlich geförderten Wohnungen zu bauen. Zudem lässt sich bereits jetzt ein Rückkauf, der damals stadteigenen Flächen beobachten, da es der Stadt an attraktiven Bauflächen fehlt. Um dieses in der Zukunft zu vermeiden, muss zunehmend darauf geachtet werden, dass Flächen langfristig effizient genutzt werden können. Hierbei könnte z.B. das Erbbaurecht vergeben werden. Auch denken wir, dass die stadteigenen Flächen nur nach gewissen Richtlinien an private Investoren verkauft werden dürfen, sodass die Aufteilung zwischen Sozialwohnungen und Luxuswohnungen gerecht ist.

Im vergangenen Jahr wurden 2034 neue Mietwohnungen erbaut, welche staatlich gefördert sind. Zudem hat die IFB (Hamburgerische Investitions- und Förderbank) den Bau von 3.028 weiteren geförderten Mietwohnungen bewilligt. Von diesen Neubauten sind 1.901 Sozialwohnungen (1.Förderweg) mit einer Anfangsmiete von 6,20 Euro pro Quadratmeter angesetzt. 140 Wohnungen (2.Förderweg) wurden für Haushalte mit mittlerem Einkommen und einer Anfangsmiete von 8,30 Euro pro Quadratmeter erbaut. Jedoch ist auch der neu erbaute Wohnraum nicht annähernd ausreichend, um den Großteil der Wohnungssuchenden unterzubringen. In Hamburg haben wir derzeit 95.000 Studenten und 36.000 Auszubildende. Von den Auszubildenden müssen täglich etwa 10.000 von ihrem Wohnort zur Ausbildungsstätte pendeln. Die Fahrtzeit beträgt in vielen Fällen mehr als eine Stunde, was wir als nicht hinnehmbar betrachten. Für Studenten haben wir hier in Hamburg 5.500 Plätze in Wohnheimen zur Verfügung, für Auszubildende ist bis 2022 eine Anzahl von 1000 Wohnplätzen geplant.

Die IFB hat für das Jahr 2016 neue Förderrichtlinien unter dem Namen „Neubau von Wohnungen für Studierende und Auszubildende“ ausgehandelt. Das Ziel dieser Förderrichtlinien ist es, Wohnraum in Wohngebäuden und Wohnheimen für Studenten und Auszubildende zu fördern. In einigen Gebieten der Stadtteile Steilshoop, Hamburg-Süd, Veddel, Wilhelmsburg und Mümmelmannsberg werden Wohnungen von der IFB subventioniert, um günstigeren Wohnflächen für Auszubildende und Studenten zu erweitern. Zudem wurde auch in Hamburg-Wandsbek ein Auszubildendenwohnheim gebaut, welches Platz für 156 Personen beherbergt. Der Preis liegt zwar deutlich unter dem Durchschnitt, allerdings ist die Nachfrage größer als das Angebot.

Würden die oben genannten Gebiete aufgewertet und zudem die potenziellen Flächen für öffentlich geförderte Wohnungen sowie für Studenten- und Auszubildendenwohnheime genutzt werden, könnte es zu einer Diversifikation in den Randbezirken Hamburgs beitragen. Mit dem Zuzug junger Menschen würde die Modernisierung und Entwicklung des unattraktiven Wohnraumes einhergehen. Dies liegt nicht allein im Interesse von Schülern, Studenten und Auszubildenden, denn ein solches Vorhaben würde zur allgemeinen Stadtentwicklung beitragen und das Klima in der Gesellschaft verbessern.

Um dem „Brain Drain Problem“ entgegenzuwirken und die Bildungsmetropole Hamburg langfristig zu erhalten, ist die Schaffung von Wohnraum für Schüler, Studenten und Auszubildende notwendig.

Zwar haben Schüler, Studenten und Auszubildende die Möglichkeit, Förderungen entgegenzunehmen, um eine Unterstützung der finanziellen Lage zu erhalten. Das Problem hierbei ist, dass viele Anträge nicht akzeptiert werden können, da der Antragsteller z.B. ein zu hohes Einkommen hat, welches an den derzeitigen Einkommensgrenzen gemessen wird. Dabei wird von den aktuellen Einkommensgrenzen ausgegangen, diese sind jedoch nicht dem heutigen durchschnittlichen Einkommen entsprechend angeglichen. Das bezeichnen wir als nicht hinnehmbar und erwarten eine jährliche Anpassung an den Verbraucherpreisindex.

Wir sind außerdem der Meinung, dass die bereits bestehende staatliche Unterstützung nicht ausreicht, da die derzeitigen staatlichen Förderungen, Ausbildungsvergütungen und zudem der Nebenverdienst nicht ausreichend ist, um ohne die finanziellen Zuschüsse einen Haushalt zu führen. Als Lösung für den Zeitraum bis die Nachfrage an Studenten- und Auszubildendenwohnungen gedeckt ist, soll jeder während seiner Ausbildungs- und Studienzeit eine finanzielle Unterstützung der Miete durch Arbeitgeber und der Stadt erhalten.

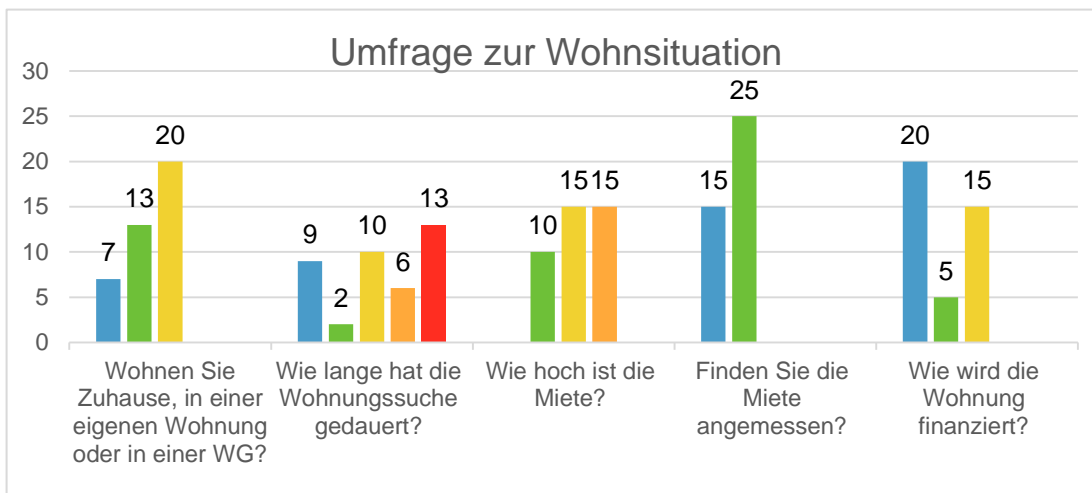
Zudem müssen Zuschüsse wie Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) an die Lebenshaltungskosten einer Metropolenstadt wie Hamburg angepasst werden, um Schülern, Auszubildende und Studenten ein Lebensstandard zu ermöglichen. Die Problematik zeigt sich besonders darin, dass BAföG und BAB Empfänger schlechter gestellt sind als Arbeitslosengeld II Empfänger. Junge Arbeitnehmer müssen bei der eigenen Zukunftsgestaltung und dem Berufsweg vom Staat unterstützt werden, um so auch nachhaltig für ein stabiles Wirtschaftswachstum Hamburgs zu sorgen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Auszubildende keine finanzielle Unterstützung aufgrund eines „angeblich“ zu hohen Gehalts bekommen, mit diesem jedoch kaum eine Wohnung, geschweige denn die Lebensunterhaltungskosten finanzieren können. Man kann nicht von Auszubildenden erwarten, dass diese neben einem 40h Job einen weiteren Beruf ausüben müssen um die Grundbedürfnisse des Menschen zu decken. Doch genau das ist immer wieder der Fall!

Des Weiteren ist die Anpassung der Förderungsmittel an die jeweilige Metropolregion von enormer Wichtigkeit, da Preise von Ort zu Ort variieren. Als Verbesserungsvorschlag könnte z.B. ein Metropolzuschlag eingeführt werden, um ein Pendeln aus dem Umland zu verringern.

Umfrage zur Wohnsituation von Schüler, Studenten und Auszubildenden

Wir haben zu diesem Thema eine Umfrage in Hamburg durchgeführt, in welcher wir 6 Auszubildende, 32 Studenten und 2 Schüler zu ihrer Wohnsituation befragt wurden.

Diese hat folgendes ergeben:



Frage 1	Frage 2	Frage 3	Frage 4	Frage 5
Zuhause	< 2 Wochen	< 200 €	Ja	Eltern
Eigene Wohnung	< 1 Monat	< 400 €	Nein	Staatliche Finanzierung
WG	< 3 Monate	< 600 €		Job
	< 6 Monate	< 800 €		
	> 6 Monate			

Wir, als Ausschuss für Stadtentwicklung von „Jugend im Parlament 2016“ kritisieren den derzeit herrschenden Mangel an Wohnraum für Schüler, Studenten sowie Auszubildende. Weiterhin prangern wir an, dass der momentan angebotene Wohnraum für die oben genannte Gruppe nicht bezahlbar ist oder eine hohe finanzielle Belastung darstellt. Darüber hinaus beanstanden wir den fehlenden bedarfsgerechten Wohnungsbau in Hamburg. Wir fordern eine Entspannung der Wohnungssituation für Schüler, Studenten und Auszubildende durch gezielte Maßnahmen und Förderungen.

Forderung

Wir fordern vom Senat:

- Die Schaffung von finanzierbaren Studenten- und Auszubildendenwohnheimen
- Den vermehrten Bau von öffentlich geförderten Wohnungen
- Die Unterstützung von Immobilienunternehmen durch öffentliche Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau
- Unterstützung von Auszubildenden und Studierenden von den Ausbildungsunternehmen oder der Universität

- Den Stopp der Privatisierung von stadteigenen Flächen
- Die Aufwertung von Bezirken, die potenzielle Flächen für öffentlich geförderte Wohnungen sowie für Studenten- und Auszubildendenwohnheime bieten und diese zu nutzen.
- Eine Anpassung der Einkommensgrenzen für Zuschüsse und Förderungen (z.B. BAföG, BAB) von Schülern, Studenten und Auszubildenden. Diese müssen nach den realen Bedingungen für das Leben in einer Metropolstadt wie Hamburg erfolgen

Fazit

Zusammenfassend erkennen wir, dass der Wohnungsmarkt allgemein und insbesondere für Schüler, Studenten und Auszubildende sehr angespannt und deutlich überfordert ist. Es gibt kaum bezahlbaren Wohnraum für die oben genannte Zielgruppe. Die geplanten Projekte reichen nicht aus, um den Bedarf weitestgehend zu decken. Wenn Hamburg sich zukünftig als eine Studenten und Auszubildenden Metropole anbieten will, ist es unumgänglich mehr in den Bereich des Wohnungsbaus zu investieren.

Wir als Ausschuss appellieren an die hamburgische Bürgerschaft und weisen Sie auf die Dringlichkeit der Umsetzung hin!

Referenten

Fachbegleitend haben uns folgende Referenten unterstützt:

Olaf Duge	Grüne / MdHB
Carsten Ovens	CDU / MdHB
Heike Sudmann	Linke / MdHB
Michael Klotz	FDP / wissenschaftlicher Referent
Uwe Lohmann	SPD / MdHB

Resolution des Verkehrsausschuss´ von Jugend im Parlament 2016

Laut der Homepage des Hamburger Verkehrsverbundes nutzen circa 2,4 Millionen Menschen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel in Hamburg. Um diese Zahl zu erhöhen und mehr Menschen vom Auto in den Öffentlichen Personennahverkehr umsteigen zu lassen, haben wir uns mit der Frage beschäftigt, wie man den Öffentlichen Personennahverkehr in Hamburg umweltfreundlich und kundenorientiert optimieren kann. Dazu sind wir auf verschiedene Themen eingegangen, auf welche wir im folgenden eingehen werden:

→ Zahlungssystem

Deutschland liegt im internationalen Vergleich, im Bereich moderne Zahlungssysteme im öffentlichen Personennahverkehr, weit hinter Ländern mit vergleichbarer wirtschaftlicher Stärke. Hamburg, als zweitgrößte Stadt Deutschlands, muss nun als Vorbild für andere Großstädte dienen und auf ein modernes Zahlungssystem im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) setzen. Das Zahlungssystem muss grundlegend ausgebaut werden. Es muss zeitgerecht, elektronisch und vor allem individuell angepasst sein. Dabei orientieren wir uns an Zahlungssystemen im ÖPNV anderer Metropolen wie zum Beispiel London, Paris, Dublin, New York und Los Angeles.

Bis 2018 will der HVV den modernen, elektronischen Fahrkartenkauf durch die HVV-Card ermöglichen. Durch die Optimierung des langjährigen Pilotprojekts in Hamburg-Harburg, soll das System nun bereit sein, im Großraum Hamburg realisiert zu werden. Der HVV investiert 11 Millionen Euro in die Aufstellung 800 moderner Fahrscheinautomaten, die den elektronischen Ticketkauf per HVV-Card ermöglichen sollen. Doch die HVV-Card ist kein Fortschritt für das Zahlungssystem. Der Fahrscheinkauf wird dadurch lediglich digitalisiert.

Um dies zu erreichen, wäre ein Check-In/Check-Out System im ÖPNV sinnvoll. Das Check-In/Check-Out System erfolgt über einen NFC-Chip (Near Field Communication) und ermöglicht dadurch kontaktlose Zahlung mit Handy, Bankkarte sowie allen weiteren NFC-fähigen Geräten. Dieses innovative Zahlungssystem, welches sich bereits in vielen anderen Metropolen bewährt hat, vereinfacht die Nutzung des ÖPNV. Im Gegensatz zum angestrebten elektronischen Bezahlssystem des HVVs (HVV-Card), wird das Check-in/Check-out System das Tarifsystem vom ÖPNV erheblich erleichtern. Der Fahrgast muss sich lediglich ein- und auschecken und erhält den günstigsten Tarif automatisch berechnet.

So fordern wir

- ein Hamburgweites Check In/Check out System für den ÖPNV.
- dass das neue System um den besten Tarif individuell ermitteln zu können, eine intelligente Fahrpreisberechnung mit sich bringt. Durch das ein- und auschecken vor und nach einer Fahrt, kann das System selbstständig den besten Tarif wählen.

- eine HVV-Karte, die als Zahlungsmittel fungiert, welche jede*r Karteninhaber die Karte online verwalten kann. Zudem soll das Aufladen der HVV-Karte an Servicestellen und Fahrkartenautomaten ermöglicht werden. Durch die Ersparnis des Fahrkartendruckes wird der Papierverbrauch zunehmend verringert.
- dass an Bahnstationen Eingangs- sowie Ausgangsschranken eingeführt werden, um die Schwarzfahrerquote zu reduzieren sowie die Sicherheit an Bahnsteigen zu erhöhen und das Check-In/Check-Out System zu ermöglichen. Gleiches gilt für die Fähre.
- Busse sollen mit NFC-Lesegeräten ausgestattet werden, um auch dort die Fahrscheinkontrolle zu sichern.

→ Sicherheit

Aus dem offiziellen Qualitätsbericht des HVV von 2015 geht deutlich hervor, dass sich Fahrgäste in Bussen und Fähren sicherer fühlen, als in den S- und U-Bahnen. Dies liegt daran, dass im Bus stets, in Form der Busfahrerin oder des Busfahrers, eine Ansprechperson zur Verfügung steht. In der Bahn hingegen gibt es keine für alle erreichbare Ansprechperson.

Zusätzlich sank die Bewertung der „Zufriedenheit mit der Sicherheit bzw. dem Belästigungsschutz“ seit 2014. Dies spielt vor allem im Nachtverkehr eine tragende Rolle. So gibt jede Frau an, die wir im Rahmen von Jugend im Parlament befragt haben, dass sie schon mal in S- und U-Bahnen belästigt worden sei. Auch sind die S- und U-Bahnen immer noch, trotz des Alkoholverbotes und der Aufstockung des Sicherheitspersonals im Jahre 2011, die am unsichersten von der HVV-Qualitätssicherheit eingeschätzten öffentlichen Nahverkehrsmittel.

Des Weiteren wird in DS. 21/5397 angegeben, dass die Hamburger Hochbahnwache seit dem 01.07.2012 keine neuen Sicherheitsmitarbeiterinnen und Sicherheitsmitarbeiter eingestellt habe. Dies erscheint bei dem erhöhten Fahrgastaufkommen in den letzten Jahren doch sehr verwunderlich, denn diese sinkende Beamten-/Fahrgastrate spiegelt exakt die von Jahr zu Jahr schlechter werdende Statistik bezüglich der „Zufriedenheit mit der Sicherheit bzw. dem Belästigungsschutz“ des HVVs wider.

So fordern wir

- die Einführung eines sogenannten Sicherheitswagens: das erste Abteil eines jeden Zuges sollte an Freitagen und Sonnabenden von 22:00 bis 5:00 des folgetages für Schutzsuchende vorbehalten sein. Der Begriff Schutzsuchende schließt niemanden aus, bezeichnet jedoch hauptsächlich Frauen, Kinder sowie Senioren. In solch einem Sicherheitswagen sollten zusätzlich mindestens ein, idealerweise zwei, Sicherheitsbeamte mitfahren. Aus Kostengründen bestände die Möglichkeit nur in jedem zweiten Zug einen Sicherheitswagen einzuführen. Im Falle der erneuerten, durchgängigen S- und U-Bahnen bleiben die Sicherheitsbeamten im vorderen Bereich.
- die härtere Durchsetzung des Alkohol-, Rauch- und Drogenkonsumverbotes durch mehr Sicherheitspersonal im alltäglichen, laufenden Betrieb.
- den verstärkten Einsatz der Sicherheitsdienste im Bereich von Bahnhöfen und insbesondere in Zügen. Dabei soll verstärkt auf Großereignisse geachtet werden, beispielsweise Fußballspiele.

→ Fahrgastinformation

Viele Fahrgäste sind der Meinung, dass bei Betriebsstörungen, wie beispielsweise betriebsfremden Personen im Gleis oder Signalstörungen, Informationen betreffend des

Ersatzverkehrs oder Verspätungen nicht rechtzeitig genug und ungenau durchgegeben werden.

Bei langfristigen und vorab bekannten Streckensperrungen durch Baustellen kritisieren zahlreiche Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs zu spät veröffentlichte Informationen, über Dauer und betroffene Haltestellen, sowie Fahrplanänderungen. Daher ist es schwierig für viele ihren täglichen Arbeitsweg während der Zeit der Sperrung zu planen. Besonders für Auswärtige, die nach Hamburg kommen, ist es, aufgrund dieser mangelhaften Fahrgastinformationen beinahe unmöglich, sich zu orientieren.

Aus diesem Grund fordern wir

- jeweils einen sogenannten Notfallplan für kurzfristige und längerfristige Betriebsstörungen zu erstellen. An diesen Plan haben sich alle Unternehmen im Hamburger Verkehrsverbund zu halten.
- bei kurzfristigen Betriebsstörungen müssen die Ansagen klare Informationen über den Abfahrtsort des Schienenersatzverkehrs und den Zeitpunkt, wann dieser eingerichtet ist, enthalten. Im Falle von Verspätungen sollten ebenfalls zeitnahe und klare Ansagen über die Dauer der Verspätung den Fahrgast erreichen. Ebenso ist wichtig, dass die Zugzielanzeiger die aktuelle Abfahrtszeit einblenden.
- Bei längerfristigen und geplanten Streckensperrungen müssen Informationen und Ersatzfahrpläne zwei Wochen vor Beginn der Sperrung an den betroffenen Haltestellen ausgehängt werden. Die Ansagen in den Zügen und an den Haltestellen inklusive der Hinweise an den Zugzielanzeigern sollten eine Woche im Voraus erfolgen.
- Um einen reibungslosen Betriebsablauf im kompletten Hamburger Verkehrsverbund zu gewährleisten, ist die Einrichtung einer kooperativen Leitstelle notwendig, die sich aus mehreren speziell dafür beauftragten Mitarbeitern aller Leistellen der Unternehmen im Hamburger Verkehrsverbund zusammensetzt. Eine standortübergreifende Kooperation wird durch eine direkte Telefonverbindung ermöglicht. Hierzu wird eine Telefonliste mit allen zuständigen Ansprechpartnern der Leistellen, aufgeteilt nach Bahn- und Bus-Linien, erstellt und verteilt.

→ Bahnverkehr

Der Schnellbahnverkehr in Hamburg stellt ein wichtiges Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur dar, das es weiter zu verbessern gilt.

Daher fordern wir

- einen Weiterbetrieb der DB BR472/473 (parallel zur BR 474/874 und 490) um einen höheren Takt in den Hauptverkehrszeiten zu ermöglichen und eine Reserve für Betriebsstörungen vorhalten zu können. Da auch in den kommenden Jahren eine Erhöhung des Fahrgastaufkommens zu erwarten ist, sollte die politische Forderung nach einem Ersatz der alten Züge zurückgenommen werden.
- eine deutliche Takterhöhung *und* den Einsatz von Langzügen auf der Linie S3 (Stade-Hauptbahnhof), um die komplette Überlastung der fahrenden Züge abzumildern. (Siehe auch unter Punkt eins: wenn es mehr Züge gibt, kann man mehr fahren lassen).
- eine Takterhöhung oder den Einsatz von Langzügen auf den Linien S1 und S21 zur Hauptverkehrszeit, da es auch auf diesen Linien häufig zu vollen oder überfüllten Zügen kommt; teilweise kommen einige Fahrgäste nicht mehr mit.

- den vermehrten Einsatz von Vollzügen in Nebenverkehrszeiten bei der S-Bahn, da die in diesen Zeiten (vor allem am Wochenende) eingesetzten Kurzzüge sehr voll sind und keinen Fahrkomfort bieten.
- einen die ganze Woche durchgehenden Nachtbetrieb der Schnellbahn; ggf. auch nur im Stundentakt, um auch Menschen, welche nachts auf den ÖPNV angewiesen sind, die Möglichkeit zu geben, diesen zu nutzen.
- stillgelegte Gleise zu reaktivieren und das Bahnnetz massiv auszubauen, da eine schnelle Bahnanbindung die Akzeptanz für den ÖPNV erhöht und damit mehr Menschen dazubringt, auf den ÖPNV umzusteigen. Hierbei bitten wir darum, darauf zu achten, auf eine bestmögliche Verknüpfung zu achten:

Als Beispiel möchten wir hier die Bahnstrecke nach Geesthacht nennen, für die seit längerem die Forderung nach einer Reaktivierung besteht. Wir möchten dafür einen Gedankenanstoß geben: eine Verlängerung der U2 ab Mümmelmansberg über Lohbrügge (knapp 40 000 Einwohner*innen) mit Unterquerung des Bergedorfer Stadtkerns (und Halt am Bahnhof Bergedorf um einen Umstieg auf die S-Bahn zu ermöglichen) und Einfädelung auf Höhe des Frascatiplatzes mit weiteren Halten auf dem Hamburger Stadtgebiet (die Strecke führt durch ein Wohngebiet mit potentiellen Fahrgästen).

Ähnlich dieses Beispiels lässt sich an vielen Stellen verfahren.

eine Evaluation zu der Frage, ob es möglich ist, parallel zu den bestehenden Bahnlinien aus weiter entfernten Gebieten (z.B. parallel zur U1) ein weiteres Gleis zu verlegen, auf welchem Züge fahren, welche lediglich an einigen Stationen halten um den Fahrgästen durch einen Umstieg eine deutlich verkürzte Fahrzeit anzubieten und damit die Attraktivität der Schnellbahn weiter zu erhöhen.

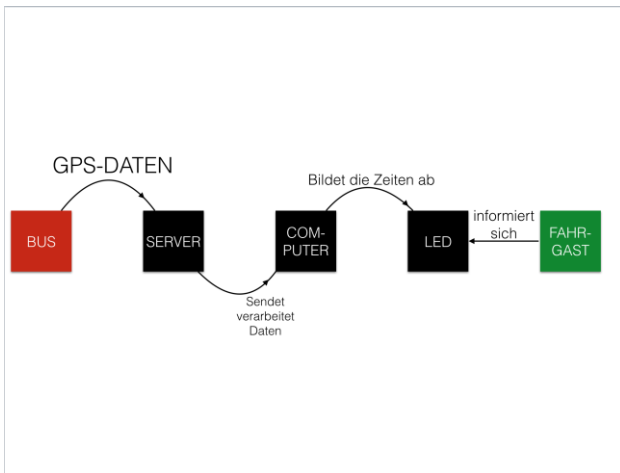
→ Busverkehr

Um den ÖPNV attraktiver zu machen, ist es auch notwendig, ein attraktives Busnetz anzubieten.

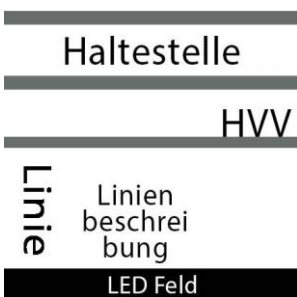
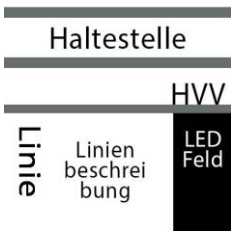
So fordern wir

- eine bessere Vernetzung der Buslinien. Hierfür fordern wir mehr Umsteigepunkte, Beispielsweise an Stellen, an welchen Linien stellenweise parallel fahren, aber keine gemeinsamen Haltestellen haben und – wenn möglich – Querverbindende Linien, um das schnelle vorankommen in der Stadt und damit auch die Akzeptanz für den ÖPNV zu erhöhen.
- ein intelligentes Umstiegs- und Kommunikationssystem, sodass Busse auf verspätete Bahnen warten.
- dass Haltestellen, die bisher nicht mit FIMS (dynamische Fahrgastinformationssystem) ausgestattet wurden, mit einem System ausgestattet werde, welches über Verfrühungen, Verspätungen und Ausfälle informiert. Dieses Informations System hilft dem Fahrgast einfach und schnell Information zu bekommen, die für seinen Weg relevant sind.
Eine Idee von uns dafür ist, die GPS Daten zu nutzen, die momentan von der Hochbahn erfasst werden. Diese Daten werden dann an Server gesendet, die diese verarbeiten und selektiv an die einzelnen Haltestellen verschicken. (Anhang 1.; Abb. 1) Diese Daten werden dann durch, im Haltestellenschild (Abb. 2 & 3) integrierten, LED-Displays dargestellt.
- eine Erhöhung der Takte auf Buslinien, welche selten (stündlich/halbstündlich) bedient werden, da dieser Takt vor allem für Arbeitnehmer*innen, die meist nicht genau planen können, wann sie den Bus nehmen können unattraktiv ist. Diese Takterhöhung könnte besonders in den Randbezirken durch kleinere Busse (wie z.B. „Bergziegen“) realisiert werden.

- noch stärker darauf zu achten, Verfrühung zu vermeiden.
- mehr Sitzplätze für Buslinien mit längeren Streckenverläufen. Dies könnte durch den Einsatz von mehr Gelenkbussen, Low-Entry Bussen und/oder einer bessere Aufteilung der Sitz- und Stehplätzen in den Bussen realisiert werden. Auch auf Linien wie z.B. der 3 oder 23 muss darauf geachtet werden, dass eine ausreichende Anzahl an Sitzplätzen zur Verfügung steht, um z.B. älteren Menschen oder kleinen Kindern die Möglichkeit zu geben, eine angenehme Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu absolvieren.
- die Abschaffung der zuschlagspflichtigen Schnellbuslinien mit Ersatz durch reguläre StadtBus-Linien oder Abschaffung. Es gibt aus unserer Sicht keine Rechtfertigung (mehr) für diese.
- auf Linien mit dauerhaft überfüllten Fahrzeugen (z.B. 3, 5, 15, 8) den Takt zu erhöhen oder zu evaluieren, ob auf **diesen** Strecken (teilweise mit größtenteils eigener Linienführung (z.B. 5)) der Bau einer Straßenbahn sinnvoll ist.
- das switchh, StadtRad und P+R System weiter auszubauen und o.g. Leihsysteme in weiteren, Stadtteilen zur Verfügung zu stellen um den Verzicht aufs eigene Auto so leicht wie möglich zu machen.
 - die Park-and-Ride (P+R) Plätze für HVV-Abonennten wieder kostenfrei zur Verfügung zu stellen.
 - einen Massiven Ausbau des StadtRad Systems, da es nicht attraktiv ist, ein StadtRad zu nehmen, wenn man es nicht am Ziel/in der Nähe des Ziels abstellen kann.
- zu Evaluieren, ob es möglich ist, an Autobahnabfahrten ins Stadtgebiet, welche sich in der Nähe von Schnellbahnhaltestellen befinden Hinweise auf die Schnellbahn anzubringen und dort Parkplätze zur Verfügung zu stellen, um diese Menschen zu ermutigen/ihnen die Möglichkeit zu geben, nicht mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren.
- mehr Fahrradständer an Schnellbahn und Bushaltestellen mit größerem Einzugsbereich aufzustellen, um es Menschen so einfach wie möglich zu machen, den ÖPNV zu nutzen.
- einen möglichst durchgehenden Nachtbetrieb, ggf. auch nur im Stundentakt, um auch Menschen, welche Nachts auf den ÖPNV angewiesen sind, die Möglichkeit zu geben, diesen zu nutzen.
- die Möglichkeit, mit dem ÖPNV den ersten Abflug am Helmut-Schmidt-Flughafen zu erreichen.



- bb. 1: Information des Fahrgasts
-



- Abb. 2: FIMS integriert im Haltestellenschild
- Abb. 3: FIMS unter dem Haltestellenschild